



Atomausstieg: Die beschleunigte Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif

Nach dem Beschluss des Koalitionsausschusses wird Deutschland schrittweise auf die Kernenergie verzichten – und spätestens Ende 2022 vollständig. Die während des Moratoriums abgeschalteten sieben ältesten Kernkraftwerke werden nicht wieder ans Netz gehen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat an diesem Montag mehr als vier Stunden intensiv über den Beschluss des Koalitionsausschusses und die Empfehlungen der Ethik-Kommission zur Energiewende ausgiebig diskutiert. Alle grundsätzlichen und technischen Fragen wurden von uns erörtert. Nach der Katastrophe von Fukushima mussten wir die Rolle der Kernkraft überdenken. Wir werden deshalb unser Energiekonzept fortentwickeln und den im Herbst beschlossenen Weg noch schneller und konsequenter gehen. Wir wollen das Zeitalter der erneuerbaren Energien noch schneller erreichen.



Der Koalitionsausschuss hat Sonntag nach intensiven Verhandlungen eine beschleunigte Energiewende beschlossen. Fotos: Bundesregierung

Diese beschleunigte Energiewende wird es aber nicht zum Nulltarif geben. Denn Deutschland steht vor einem tiefgreifenden Umbau seiner Energieversorgung – einer großen Aufgabe für die nächsten Jahrzehnte. Sie gelingt nur, wenn es eine breite gesellschaftliche Unterstützung für diesen Umbau gibt. Die Aspekte Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Umwelt- und Klimafreundlichkeit müssen dabei stets im Mittelpunkt stehen.

Der Atomausstieg ist für Deutschland eine große Herausforderung – aber auch eine Chance: Unser Land kann zum Vorreiter auf dem Weg in die Energieversorgung der Zukunft werden. Wir können als erste große Industrienation die Wende zu einem hocheffizienten, erneuerbaren Energiesystem schaffen und dabei neue Technologien und Produkte, neue Exportmöglichkeiten und damit Beschäftigung und Wachstum entstehen lassen. Mir ist besonders wichtig, dass wir nicht von (Atom-)Stromimporten aus dem Ausland abhängig sind, sondern unseren Strombedarf – anders als derzeit – eigenständig erzeugen können.

Wir stehen für eine verlässliche Rentenpolitik und Generationengerechtigkeit

Die Renten steigen zum 1. Juli 2011 um rund 1 Prozent – der Bundesrat hat dem Beschluss des Bundeskabinetts am Freitag zugestimmt. Natürlich verdient die Zahl an sich keinen großen Applaus. Allerdings muss man bedenken, dass die Rente weitgehend den Löhnen folgt und es daher in wirtschaftlich schlechten Zeiten eigentlich zu Rentenkürzungen kommt. In den Jahren 2005, 2006 und 2010 wurden Arbeitnehmer arbeitslos, verzichteten wegen Kurzarbeit auf Gehalt oder machten Lohnzugeständnisse zur Beschäftigungssicherung. Aufgrund der Rentenschutzklausel der unionsgeführten Bundesregierung konnte erreicht werden, dass die Rentner dennoch keine Einkommenseinbußen hinnehmen mussten. Wir stehen für eine verlässliche Rentenpolitik, aber auch für Generationensolidarität. Während der Regierungszeit von Rot-Grün kam es zu einem Abbau der Renten-Rücklage um mehr als 12 Milliarden Euro geführt haben. Heute steht die Rente wieder auf finanziell solidem Fundament.

Mit freundlichen Grüßen aus Berlin

Ihr

Alois Karl
Bundestagsabgeordneter